



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 3. September 2010
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1146
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

*über die gemeinsame Sitzung des
Innen- und Rechtsausschusses (34. Sitzung) und des
Europaausschusses (15. Sitzung)
am Donnerstag, dem 1. September 2010,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss führte eine mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/268, durch.

Seine weiteren Beratungen zu den Vorlagen zum **Rundfunkgebührenstaatsvertrag**, Drucksachen 17/488, 17/548, 17/556 und 17/558, verschob der Ausschuss auf eine seiner nächsten Sitzungen. Bis dahin soll versucht werden, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu formulieren.

Der Ausschuss nahm zur Kenntnis, dass der Antrag der Fraktion der SPD zur **Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk**, Drucksache 17/226 Nummer 1 und 2, von dem Antragsteller zurückgezogen worden ist.

Er nahm in Aussicht, sich auf seiner Sitzung am 29. September 2010 noch einmal mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Zensusausführungsgesetz**, Drucksache 17/596, zu befassen und dem Plenum zur Oktober-Tagung eine Beschlussempfehlung zuzuleiten. Er sprach in diesem Zusammenhang die Bitte an die Landesregierung aus, dem Ausschuss den Verordnungsentwurf zu diesem Gesetzentwurf zur Verfügung zu stellen.

Er schloss sich außerdem dem Verfahren des beteiligten Finanzausschusses an und stellte die Vorlagen im Zusammenhang mit **Sparvorschlägen bei Mitgliedern der Landesregierung**,

Drucksachen 17/652, 17/653 und 17/705, zurück, bis der Ältestenrat auf Bitten des Finanzausschusses eine Empfehlung hierzu erarbeitet hat.

Seine Beratungen zum Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, **Frauen in Führung**, Drucksache 17/690 (neu), verschob der Ausschuss auf seine Sitzung am 29. September 2010.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bat darum, die dem Ausschuss schon vorliegenden Vorschläge zur **Änderung des Landeswahlgesetzes** auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses zu setzen.

Schluss: 18:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder